

Statement BPK „Zukunft mit Kindern“

Prof. Dr. C. Katharina Spieß', Mitverfasserin der Studie;

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; FU Berlin

15. Oktober 2012

Es geht um die Frage, inwiefern die Familienpolitik einen **Einfluss auf die Entscheidung für Kinder** hat. Gerade eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe kann nicht stark genug betonen, dass die Entscheidung für Kinder von **vielen Faktoren** abhängt - ökonomischen, gesellschaftlichen, historisch-kulturellen, medizinisch-biologischen und psychologischen Faktoren. EINER von vielen Faktoren ist die Familienpolitik.

Die empirische Wirkungsforschung im Bereich der Sozialwissenschaften und Ökonomie zeigt unterschiedliche Ergebnisse in Hinblick auf Effekte von Familienpolitik auf Fertilität – diese hängen auch davon ab, ob Wirkungen auf nationale Geburtenziffern („Makrostudien“) oder individuelle Fertilitätsentscheidungen („Mikrostudien“) betrachtet werden. Trotz aller Unterschiede weisen viele Studien darauf hin, dass eine **Verbesserung von Infrastrukturangeboten und die Erhöhung von Geldleistungen und auch zeitbezogenen Maßnahmen**, wie Elternzeitregelungen die Entscheidung für Kinder positiv beeinflussen können. Allerdings kann hier von keinen allgemeingültigen Wirkungen ausgegangen werden - die **Wirkungen variieren** z.B. nach Einkommen oder auch Bildung der Eltern und nach Kinderzahl. Der Wirkungsgrad von familienpolitischen Maßnahmen ist in hohem Maße von der konkreten Ausgestaltung der Maßnahme und deren Ausgangsniveau und anderen regionalen Faktoren abhängig. Hinzu kommt, dass familienpolitische Maßnahmen in der Regel keine **kurzfristigen Wirkungen** auf die Fertilität aufweisen – sondern eher **längerfristig wirken**.

Wichtig ist auch, dass mit einzelnen familienpolitischen Maßnahmen i.d.R. keine unmittelbare, garantierte und gezielte Steigerung von Geburtenraten erreicht werden. Daher sind für wissenschaftliche Wirkungsanalysen auch die **Gesamtheit der familienpolitischen Maßnahmen** und längere Zeiträume mit in Betracht zu ziehen. (Vor

monokausalen Erklärungsmustern in Hinblick auf geburtensteigernde Wirkungen zu sprechen muss gewarnt werden.)

Eine auf das Wohlbefinden von Kindern und Eltern ausgerichtete Familienpolitik gründet - auch dies ist ein wichtiges Ergebnis, wenn es um die Entscheidung für Kinder geht - auf **Verlässlichkeit**. Familienpolitik sollte **konsistent und kohärent** sei, wenn sie als verlässlich wahrgenommen werden soll.

Wichtig ist aber auch, dass für **unterschiedliche Familientypen** unterschiedliche Bereiche bedeutsam sind – Familien brauchen mit einer unterschiedlichen Akzentuierung Zeit – Geld – Infrastruktur, d.h. öffentlich finanzierte Bildungs- und Betreuungsangebote.

Lassen Sie mich drei Aspekte herausgreifen: Ein zentraler Aspekt für Familie ist **Zeit**. Deshalb empfehlen wir über **erweiterte Familienzeitmodelle** – die über eine Elternzeit von drei Jahren hinausgehen - konkreter nachzudenken. Die gegenwärtige Konzentration der Lebensarbeitszeit auf die mittleren Jahre sollte durch eine flexible Entzerrung abgelöst werden, die auch eine Verlängerung nach hinten beinhaltet - Familienzeitmodelle sollten auf den gesamten Lebenslauf ausgedehnt werden und durch entsprechende finanzielle Leistungen abgesichert sein – in diesem Kontext regen wir z.B. an, Modelle von Familienzeitkrediten weiterzuentwickeln. Flexibilität, Verlässlichkeit und Zeitsouveränität sind nicht nur in den ersten Lebensjahren eines Kindes notwendig.

Wir empfehlen außerdem eine Infrastrukturpolitik, die das kindliche und elterliche Wohlbefinden in den Mittelpunkt stellt - **Infrastrukturpolitik** muss einerseits Kindern unabhängig von ihrer regionalen Zuordnung gleiche Lebenschancen ermöglichen - andererseits muss sie der Vielfalt von Lebensformen und regionalen Rahmenbedingungen entsprechen. Für das kindliche und aber auch das elterliche Wohlbefinden sind **qualitativ gute** Betreuungs- und Bildungsqualitäten von Relevanz – in diesem Bereich können alle drei von uns betrachteten Länder noch „nachlegen“. Und Familien müssen in Infrastrukturangebote **integriert** werden, z.B. über Zentren für Familien oder ähnliche Ansätze – auch dies sollte dazu beitragen, das Wohlbefinden von Kindern und Eltern zu steigern.

Außerdem plädieren wir für die Einführung eines **Familien-Mainstreamings** – alle politischen Vorhaben und öffentlichen Aufträge sollten dem Grundsatz des Wohlbefindens der Generationen entsprechen und dabei meinen wir die Kinder, die Eltern wie die Großeltern.

Lassen Sie mich - wie wir Wissenschaftlerinnen es gerne tun - mit einer **Forschungsempfehlung** enden: Wenn wir das Zusammenspiel von Familienpolitik und der Entscheidung für Kinder noch besser verstehen wollen, brauchen wir eine **erweiterte Wirkungsforschung**. Wir empfehlen die Interaktionen verschiedener familienpolitischer Maßnahmen auch mit anderen Maßnahmen mehr in den Blick zu nehmen und wir empfehlen nicht nur die familienpolitischen Maßnahmen selbst, sondern auch deren **Akzeptanz** zu untersuchen. Wir plädieren für eine Wirkungsforschung – die auf umfassenden und **langfristig angelegten Datenbeständen** aufbauen kann – denn wir brauchen eine langlaufende Begleitforschung.